

Osnabrücker Jahrbuch Frieden und Wissenschaft 25 / 2018

THEMENSCHWERPUNKT:
»POPULISMUS« UND DEMOKRATIE

- OSNABRÜCKER FRIEDENSGESPRÄCHE 2017
- MUSICA PRO PACE 2017
- BEITRÄGE ZUR FRIEDENSFORSCHUNG

Herausgegeben vom Oberbürgermeister der
Stadt Osnabrück und dem Präsidenten der
Universität Osnabrück

V&R unipress

Wissenschaftlicher Rat der Osnabrücker Friedensgespräche 2017-2018

Prof. Dr. Martina Blasberg-Kuhnke, Kath. Theologie, Universität Osnabrück (Vorsitz)
Prof. Dr. Dr. Rauf Ceylan, Islamische Theologie, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Roland Czada, Politikwissenschaft, Universität Osnabrück (Stellv. Vorsitz)
Hans-Jürgen Fip, Oberbürgermeister a.D. (Ehrenmitglied)
Prof. i.R. Dr. Wulf Gaertner, Volkswirtschaftslehre, Universität Osnabrück
apl. Prof. Dr. Stefan Hanheide, Musikwissenschaft, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Christoph König, Germanistik, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Susanne Menzel, Biologie, Universität Osnabrück
Prof. i.R. Dr. Reinhold Mokrosch, Evangelische Theologie, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Ulrich Schneckener, Politikwissenschaft, Universität Osnabrück
Prof. em. Dr. György Széll, Soziologie, Universität Osnabrück
Prof. i.R. Dr. Albrecht Weber, Rechtswissenschaft, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Siegrid Westphal, Geschichtswissenschaft, Universität Osnabrück
Prof. i.R. Dr. Tilman Westphalen, Anglistik, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Rolf Wortmann, Politikwiss. und Public Management, Hochschule Osnabrück
Dr. Henning Buck (Geschäftsführung)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Henning Buck

Redaktionelle Mitarbeit: Joachim Herrmann, Jutta Tiemeyer, Michael Pittwald

Einband: Bruno Rothe / Tefvik Goektepe, unter Verwendung eines vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung bereitgestellten Fotos von Steffen Kugler.

Für freundliche Unterstützung der Osnabrücker Friedensgespräche 2017-2018 danken wir

- der Stadtwerke Osnabrück AG
- der Sievert-Stiftung für Wissenschaft und Kultur
- dem Förderkreis Osnabrücker Friedensgespräche e.V.

Redaktionsanschrift: Geschäftsstelle der Osnabrücker Friedensgespräche
Universität Osnabrück, Neuer Graben 19 / 21, D-49069 Osnabrück
Tel.: + 49 (0) 541 969 4668, E-Mail: ofg@uni-osnabrueck.de
Internet: www.friedensgespraeche.de

Die Deutsche Nationalbibliothek – Bibliografische Information: Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.
1. Aufl. 2018

© 2018 Göttingen, V&R unipress GmbH, Robert-Bosch-Breite 6, D-37079 Göttingen, mit Universitätsverlag Osnabrück. Alle Rechte vorbehalten.
Printed in the EU: Hubert & Co. GmbH & Co. KG BuchPartner, Robert-Bosch-Breite 6, D-37079 Göttingen.

Vandenhoeck & Ruprecht Verlage | www.vandenhoeck-ruprecht-verlage.com

ISSN 0948-194X
ISBN 978-3-8471-0957-0

Inhalt

Vorwort der Herausgeber.	7
Editorial.	9
I. OSNABRÜCKER FRIEDENSGESPRÄCHE 2017	
<i>Reformation: Wirkt sie noch heute auf die Gesellschaft und das Miteinander der Religionen?</i> Mit Heinrich Bedford-Strohm, Hans Joas	15
<i>Historische Schuld und verblässende Erinnerung – Wie weiter aus Geschichte lernen?</i> Mit Markus Meckel, Beate Klarsfeld, Bernd Weisbrod	41
<i>Generationengerechtigkeit, Altersarmut und demographischer Wandel</i> Mit Reinhold Schnabel, Annelie Buntenbach, Paul Ziemiak	73
<i>Modell Costa Rica? – Bildung statt Armee!</i> Mit Henning Jensen Pennington, José Joaquín Chaverri Sievert, Sebastian Huhn	95
Robert Menasse, Wien <i>Europa sieht Deutschland: »Der deutsche Mensch als Symptom«</i> Festvortrag zum Tag der Deutschen Einheit	119
<i>Brexit, Trump und »Populismus«</i> Mit Jan-Werner Müller, Karin Priester, Joschka Fischer	135
<i>Militär und Justiz heute</i> Mit Dieter Deiseroth, Christoph A. Rass, Roland Czada	161

**II. MUSICA PRO PACE –
KONZERT ZUM OSNABRÜCKER FRIEDENSTAG 2017**

Stefan Hanheide, Osnabrück
Friedensmusik im Reformationszeitalter 1517-1648 189

III. BEITRÄGE ZUR FRIEDENSFORSCHUNG

Joachim Westerbarkey, Münster
Populismus und ›fakes‹ – Wie gehen wir damit um? 205

Maximilian Probst, Hamburg
Die Verherrlichung des Kämpfers kehrt zurück 211

IV. ANHANG

Referentinnen und Referenten, Autorinnen und Autoren 217
Abbildungsnachweis 223

Editorial

Brexit, Trump und ›Populismus‹ – so lautete der Titel eines Osnabrücker Friedensgesprächs mit dem früheren deutschen Außenminister *Joschka Fischer* sowie den Politikwissenschaftlern *Karin Priester* und *Jan-Werner Müller*. Jüngste weltpolitische Ereignisse und Entwicklungen auf drei Stichworte verkürzend, wurden dafür Erklärungen gesucht: Die Aufkündigung der EU-Mitgliedschaft durch Großbritannien, eines ihrer gewichtigsten Mitglieder, dann die mit Amtsantritt Präsident *Trumps* veränderten Kommunikationsformen auf der internationalen politischen Bühne und schließlich der anwachsende Zulauf zu isolationistischen und nationalistischen ›Retro‹-Parteien in weiten Teilen Europas scheinen einen grundlegenden Wandel, eine neue Zeitenwende, anzukündigen.

Im Zusammenhang mit diesen Entwicklungen fällt häufig das Urteil: ›Populismus!‹ und soll als Warnung vor Gefährdungen aller rechtsstaatlichen Demokratien verstanden werden. Der Bezug auf das ›Volk‹ – *demos* oder *populus*; deutlicher: *plebs*, Pöbel – ist aber bekanntlich zweifach im Gebrauch: negativ im Begriff ›Populismus‹, positiv im Fall der ›Demokratie‹. Niemand wird gern ›Populist‹ gescholten oder sich selbst so nennen, aber kein Politiker, keine Politikerin, verzichtet auf das Bekenntnis, dass ihm oder ihr das ›Volk‹ bzw. die ›Menschen in unserem Land‹ der wichtigste Antrieb sind, als ideelle Körperschaft oder in Gestalt des Wählers als tatsächliche Auftraggeber. Diese widerspruchsvolle Bezüglichkeit auf ›Volk‹ ist in der repräsentativen, vermittelten Demokratie *idealiter* im Postulat des *Allgemeinwohls* aufgelöst, dem Parlamentarier und Regierung dienen bzw. das sie gewährleisten sollen. Aber schon das Mehrheitsprinzip produziert ständig unterlegene Verlierer. ›Demokratisch‹ oder ›populistisch‹ bleiben gleichwohl gängige Attribute, mit denen freundlich oder feindlich über Politik und PolitikerInnen gesprochen und geurteilt wird. Insofern scheint klar: Der ›Populismus‹ gehört zur Demokratie.

Das in Deutschland seit dem Herbst 2017 vorrangig wahrgenommene ›populistische‹ Krisenphänomen sind indessen die über 90 Abgeordneten der AfD im Bundestag, gewählt mit über 5,3 Millionen Erst- und über 5,8 Millionen Zweitstimmen der Wahlberechtigten. Mit Eintritt in das Parla-

ment hat diese neue Partei ihren Anti-Eliten-Diskurs zwar bereits zurückgenommen; hier will sie selbst gut angezogene, ›seriöse‹ Oppositionspartei sein, nicht mehr zu verwechseln mit den ›Wutbürgern‹ auf der Straße, die PEGIDA, Identitäre Bewegung und andere Gruppen stellen. Und obwohl es schon Regierungskoalitionen mit geringerem Stimmenvorsprung gegenüber der Opposition gab, befinden sich die geschlossene Große Koalition und die amtierende Regierungschefin in einer *Vertrauenskrise* – und waren es doch schon von Anfang an. Sah das US-Magazin *Forbes* Kanzlerin Merkel jahrelang und zuletzt im November 2017 an der Spitze der *World's 100 Most Powerful Women*, so sind sich nun viele journalistische Beobachter einig darin, dass eine ›Merkeldämmerung‹ angebrochen und das Ende ihrer Regierungszeit nah sei.

Was wie bloße Übertreibung klingen mag, ist besser noch als *Radikalisierung politischer Ansprüche* erklärlich, die als Reaktion auf zugespitzte internationale Verhältnisse erfolgt: *America first!* war nicht nur ein Versprechen gegenüber der US-Wählerschaft, sondern auch eine Ankündigung an den Rest der Welt. »*We reject the ideology of globalism*«, erklärte Präsident Trump den versammelten Vertretern der Staatenwelt bei der UN-Vollversammlung im September 2018. Die explizite Aufkündigung des ›Multilateralismus‹, von *Global Governance*, *Win-Win* und dem ›gegenseitigen Austausch zum Nutzen aller‹ führt so den wirtschaftlich und politisch Schwächeren ihre Grenzen vor Augen und durchkreuzt ihr Kalkül, im Windschatten der USA, der ›guten‹ Hegemonialmacht, zu prosperieren.

Kanzlerin Merkel schlussfolgerte schon im Mai 2017: »Die Zeiten, in denen wir uns auf andere völlig verlassen konnten, die sind ein Stück weit vorbei«. Plötzlich entdecken viele regierende Politiker ebenso wie Oppositionsparteien in ihren Ländern den lange vernachlässigten ›Kontrollverlust‹, beispielhaft die *Brexiters* mit der Forderung *Taking back control from Brussels*. ›Klassische‹ Souveränitätsansprüche kommen wieder auf die Agenda: Grenzsicherung, Verteidigungsfähigkeit, ein-eindeutige Staatsbürgerschaft, Sozialleistungen nur für eigene Bedürftige, unbedingte Währungsstabilität=Kreditwürdigkeit, Neubestimmung des Asylrechts.

In Deutschland will eine selbsternannte *Alternative* die Regierung ›jagen‹, aus dem Amt vertreiben. Alles, was im Argen liege, gehe auf die verfehlte ›Flüchtlingspolitik‹ der Regierung zurück, heißt es, allgemeiner gesagt: auf ›Multikulti‹, den herrschenden Integrations-›wahn‹, der nichts Geringeres als die ›Umvolkung Deutschlands‹ betreibe. Die Kritiker geben sich erschrocken angesichts von ›Problemvierteln‹ in Großstädten im Westen oder in Berlin, wo es schon jetzt so sei, wie sie es in ihrer Heimat niemals dulden würde – am Ende fühle man sich fremd im eigenen Land! *Rassisten* wollen sich diese Patrioten nicht nennen lassen; es gehe ihnen ja

um Deutschland, die Nation, und diese leide, weil Ausländer überhandnehmen. Und so nehmen sie den an sie gerichteten Vorwurf eines *übersteigerten Nationalismus* glatt als Ehrentitel an.

Auf die *Geschichte* dieser Nation wollen sie erst recht nichts kommen lassen. 12 Jahre totalitäre Nazi-Herrschaft mit Terror nach Innen und Vernichtungskrieg nach Außen dürfen kein Hindernis dafür sein, heute echten Stolz aufs ›Deutschsein‹ zu verspüren, statt nur ›sündenstolz‹ auf die Aufarbeitung der NS-Geschichte fixiert zu sein, ›Schuld kult‹ zu betreiben und deshalb gegenüber anderen Nationen zu ›ducken‹. Unter dem Eindruck aktueller rechter Provokationen stellte demgegenüber im März 2017 ein Friedensgespräch mit dem ehemaligen Außenminister der DDR, *Markus Meckel*, der vielfach geehrten Anti-Nazi-Aktivistin *Beate Klarsfeld* und dem Historiker *Bernd Weisbrod* die Frage: *Historische Schuld und verblässende Erinnerung – Wie weiter aus Geschichte lernen?*

Mit dem Blick eines ›deutschen‹ Schriftstellers, der aus Österreich kommt und in seinem jüngsten Roman die Idee der europäischen Einigung hochhält, bot *Robert Menasse* unter dem Motto *Europa sieht Deutschland* am Tag der Deutschen Einheit in seinem Festvortrag: *Der deutsche Mensch als Symptom* seine persönliche Sicht auf unsere seit 1989 erweiterte Heimat, den »größten Krater unseres von den Einschlägen der Geschichte so verwüsteten und bestraften Kontinents«, und ihre populistischen Anhänger.

Was treibt die ›Populisten‹? Woher kommen sie? Warum jetzt? – Soziologische und sozialpsychologische Erklärungen führen als Ursachen unaufgearbeitete Diktaturerfahrungen und/oder Enttäuschung über wirtschaftliche Misserfolge, gesellschaftlichen Abstieg und mangelnde Anerkennung bei ›Abgehängten‹ und ›Verlierern‹ an. Individuelle Schwäche wolle dies mit starken Worten kompensieren, kleine Lichter strebten im Fackelzug des ganzen, homogenen Volkes nach Größe. *Diversität* werde hier als Bedrohung und Spaltung wahrgenommen; Assimilation des Fremden oder gleich dessen Ausgrenzung gälten als das einzig Dienliche.

So erreichen populistisch radikalisierte Ansprüche an die Politik selbst Fragen der Sozialpolitik: Auch das Friedensgespräch *Generationengerechtigkeit, Altersarmut und demographischer Wandel* mit dem Volkswirtschaftler *Reinhold Schnabel*, der Gewerkschafterin *Annelie Buntenbach* und dem Vorsitzenden der Jungen Union Deutschlands, *Paul Ziemiak*, lässt Anknüpfungspunkte für Populismus zu: Demographische Feststellungen etwa zum Geburtenrückgang in Deutschland verdüstern für manche das Bild des Volksuntergangs und führten bei der AfD zu Gedankenspielen, ob der Rentenbezug an die Staatsbürgerschaft zu binden sei.

Mehr als einen Zeitschritt zurück traten *Heinrich Bedford-Strohm*, Ratspräsident der Evangelischen Kirche Deutschlands, und der Religions-

soziologe *Hans Joas* beim Friedensgespräch *Reformation: Wirkt sie noch heute auf die Gesellschaft und das Miteinander der Religionen?*, um dann, nach großem Sprung in die Gegenwart, sich ebenfalls an der Flüchtlingspolitik der Kanzlerin zu entzünden: Mag auch die Ansicht irrig sein, »dass der Christ zu einer liberalen Migrationspolitik moralisch verpflichtet wäre« (Joas), so hindere ihn doch nichts daran, seinen »größten Respekt davor [zu bekunden], dass ein Mensch, der politische Verantwortung trägt, an dieser Stelle darauf bestanden hat, dass sich unsere moralischen Grundsätze auch einmal praktisch beweisen« (Bedford-Strohm).

Zwei *Beiträge zur Friedensforschung* arrondieren den Themenschwerpunkt: *Joachim Westerbarkey*, Publizistikwissenschaftler in Münster, richtet in dem Beitrag *Populismus und ›fakes‹ – Wie gehen wir damit um?* medienkritische Blicke auf zeitgenössische Kommunikationsformen, die von einem zunehmend unverbindlichen Umgang mit Tatsachen gekennzeichnet seien. Seine Hinweise auf den »alltäglichen Populismus« haben einen hohen Wiedererkennungswert, und seine Frage, ob »die meisten Menschen wirklich an umfassender Aufklärung interessiert [sind]« oder ob sie sich nicht »lieber amüsieren [wollen], trotz gelegentlicher Irritation durch allzu offensichtliche *fakes?*«, wirkt entwarnend und entwaffnend zugleich.

Maximilian Probst, Journalist in Hamburg, konstatiert unter dem Titel *Die Verherrlichung des Kämpfers kehrt zurück* eine Renaissance des gewaltbereiten politischen ›Selbsthelfers‹ in Gestalt sowohl des ›nationalen‹ oder, im Gegenteil, ›antifaschistischen‹ Aktivisten oder des, ganz anderen, ›islamistischen Terroristen‹, die unter Bezug auf simplifizierende populistische Theoreme den Übergang vom Reden zum Handeln propagierten. Das Ende des vormaligen postheroischen Zeitalters sei damit eingeläutet.

Ein hochinteressanter Seitenblick bei den Friedensgesprächen verdient besondere Notiz: *Modell Costa Rica? – Bildung statt Armee!* war der Abend überschrieben, bei dem der Präsident der Universität von Costa Rica, *Henning Jensen Pennington*, der frühere Botschafter des Landes in Berlin, *José Joaquín Chaverri Sievert*, und der Historiker und Politikwissenschaftler *Sebastian Huhn* über den mittelamerikanischen Staat berichteten, der sich dem Frieden und der Bildung seiner Bevölkerung in ganz besonderer Weise verpflichtet hat.

Schließlich bot das Konzert *musica pro pace: Friedensmusik im Reformationszeitalter 1517-1648* künstlerische Höhepunkte im 370. Jubiläumsjahr des Westfälischen Friedensschlusses. Es musizierte zum großen Genuss des zahlreichen Publikums das Ensemble *Musica Alta Ripa* gemeinsam mit dem Kammerchor St. Johann in der gleichnamigen Osnabrücker Kirche.

Henning Buck